

Sicherheit und Mobilität : "Making the World a Safer Place?"

Autor(en): **Lüthi, Barbara / Purtschert, Patricia**

Objektyp: **Preface**

Zeitschrift: **Traverse : Zeitschrift für Geschichte = Revue d'histoire**

Band (Jahr): **16 (2009)**

Heft 1

PDF erstellt am: **26.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Sicherheit und Mobilität

«Making the World a Safer Place?»

Auf einem Plakat in dem Washingtoner Bahnhof «Union Station» hängt seit einigen Jahren unter dem Titel *Security Inspection Procedure* ein Aufruf an die Reisepassagiere: “In the interest of safety and security, passengers and their property may be subject to inspection and/or screening prior to boarding trains. Passengers failing to consent to security inspection procedures will be denied access to trains and refused carriage. Thank you for your cooperation.”

An diesem Aufruf fallen drei Aspekte auf: dass der Garantie von öffentlicher Sicherheit mehr Rechte eingeräumt wird als den individuellen Rechten der Passagiere, dass deren Kooperationswilligkeit vorausgesetzt wird und dass bei Verweigerung der Anweisung die Mobilität der Passagiere notfalls unterbunden werden kann. Links unten in der Ecke des Plakates wird schliesslich an die staatsbürgerliche Verantwortung appelliert: “Be aware. Be responsible.”

Derartige Plakate und Aufrufe sind seit dem 11. September 2001 in den USA nichts Aussergewöhnliches. Die Problematisierung nationaler Sicherheit als gesellschaftliches Phänomen hat zudem nicht nur in den USA an Aktualität gewonnen. Gegenwärtig finden in unterschiedlichsten Kontexten Diskussionen um alte und neue Sicherheitsvorkehrungen mit Bezug auf die Mobilität von Menschen und Immigrationsfragen statt. Veränderte Transportbedingungen und neue Informationstechnologien sind wesentliche Voraussetzung dieser neuen Dimensionen menschlicher Mobilitäts- und Migrationsprozesse. Ebenso wesentlich ist aber auch, dass die modernen Staaten und das internationale Staatensystem die Bedeutung von Mobilität innerhalb, aber vor allem auch jenseits nationaler Grenzen für Individuen und soziale Gruppen verändert haben. Hier sind Spannungen zwischen dem staatlichen Bedürfnis nach Kontrolle und dem individuellen Wunsch nach Mobilität sowie zwischen dem liberalen Credo rechtlich garantierter Bewegungsfreiheit und der Tendenz, Migrationsbewegungen den ökonomischen Gegebenheiten anzupassen, erkennbar.

Diese Ausgabe widmet sich der gesellschaftlichen Bedeutung von Sicherheit und damit einem Thema, das oft als Spezifikum der Gegenwart gilt, selten aber auf seine historische Tiefenschärfe hin befragt wird. Die eingangs erwähnte

These einer sich gegenwärtig ereignenden, meist am 11. September 2001 festgemachten Transformation zu einer globalen Sicherheitsgesellschaft, wird deshalb im vorliegenden Heft kritisch betrachtet und auf ihre historischen Dimensionen hin untersucht. Dabei wird deutlich, dass Mobilität und Sicherheit immer schon an neuralgischen Punkten miteinander verbunden waren: aktuelle Sicherheitskonzepte sind unweigerlich mit Vorstellungen von Territorialität, der Bevölkerung, Grenzen und Grenzübergängen, der Organisation von Raum, der Zirkulation von Menschen und Ressourcen verknüpft; und das Verständnis von Bedrohung und Schutz ist eng gekoppelt mit der Unterscheidung von Innen und Aussen, Freund und Feind, Selbst und Anderen.

Sicherheit ist somit ein Grundbegriff moderner Gesellschaften, der aber zugleich einem enormen Wandel unterlegen ist und «eine im historischen Prozess variable Grösse» darstellt.¹ Ein Versuch, diese Transformationen zu erfassen, stellt Michel Foucaults Konzept der Gouvernamentalität dar, auf das sich einige der Autorinnen in diesem Heft beziehen. Freiheit wird demnach nicht einfach, wie die liberale Theorie behauptet, durch das adäquate Mass an Sicherheit ermöglicht. Vielmehr wird im Namen der Freiheit ein Sicherheitsregime eingerichtet, auf dem die Lenkungs- und Regierungsmacht des biopolitischen Staates gründet.² Der sozialphilosophische Beitrag von *Katrin Meyer* macht deutlich, dass sich Migration als zentraler Einsatzpunkt dieser modernen gouvernementalen Machttechnik erweist. An der Migration zeigt sich denn auch ein spezifisches Paradox des Sicherheitsdenkens: zum einen wird Mobilität mit individueller Freiheit und ökonomischer Expansionsmöglichkeit gekoppelt, zum anderen wird die «unerwünschte Migration» als Gefahr konstruiert, welche repressive Sicherheitsmassnahmen legitimiert und gewisse Menschen vom Zugang zur Mobilität radikal ausschliesst. Im Anschluss an Martin Heidegger und Hannah Arendt plädiert die Autorin demgegenüber für eine Politik der «geteilten Sorge». Diese folgt nicht der utilitaristischen Logik der Gewinnsteigerung, sondern stellt einen gemeinsamen – und das heisst im Fall der Migration einen «globalen» – Versuch dar, Vertrauen, Partizipation und die wechselseitige Ermächtigung von Akteurinnen und Akteuren ins Zentrum einer anderen Sicherheitspolitik zu rücken.

Die Kontrolle von Staaten über ihre Bürger und «Fremde» erhält zwar im gouvernementalen Zeitalter durch den Einsatz statistischer Verfahren, ökonomisierter Logiken und biopolitischer Lenkungstechniken ihre spezifische Ausprägung, sie reicht aber bis ins Mittelalter zurück. Ein wesentliches Moment dieser Entwicklung stellte die Fähigkeit des Staates dar, zwischen nichtautorisierten und autorisierten Zugängen zu unterscheiden und Individuen für administrative Zwecke identifizieren können. Zu dieser «identifikatorischen Revolution» gehört unter anderem die Technik der Fingerabdrücke und der Fotografie, die

Entwicklung der Pässe und die Perfektionierung biometrischer Verfahren zur Erfassung spezifischer Merkmale von Menschen.³ Auch die seit dem 11. September 2001 vermehrt diskutierte Verknüpfung von Terrorismus und polizeilicher Identifikationstechnik reicht, wie der Beitrag von *Nicole Schwager* zeigt, ins ausgehende 19. Jahrhundert zurück und ist eng mit der Geschichte der Schweiz verbunden. Das damalige synchrone Auftauchen zweier Ereignisse – des gewalttätigen Anarchismus und neuer polizeilicher Identifikationsmethoden – und der darauf erfolgte durchschlagende Wandel staatlicher Personenkontrollverfahren legt die These nahe, dass dieser mithilfe eines breit angelegten Antiterrordiskurses durchgesetzt worden ist. Die Autorin zeigt in ihrem Beitrag allerdings, dass eine solche Annahme nur bedingt zutrifft. Im Netzwerk der Schweizer Behörden hat das Schreckgespenst des Anarchismus zwar sehr wohl mit dazu verholfen, dass neue Identifikationstechniken übernommen, kantonale Messämter gegründet und ein anthropometrisches Zentralregister eingerichtet worden ist. Anders als heute wurde die Einführung neuer Sicherheitstechniken in der breiteren Öffentlichkeit allerdings kaum mit der Bekämpfung des Terrorismus verbunden. Die Einführung neuer Identifikationstechniken wurde vielmehr gänzlich entpolitisiert dargestellt, und damit eine mögliche Kritik am Machtzuwachs der Polizei umgangen. Dieses Beispiel macht deutlich, dass der Terrorismus nicht in jedem Fall als Legitimation von Überwachungstechnologien dient. Vielmehr ist sein diskursiver Einsatz Bestandteil eines fragilen Zusammenspiels von öffentlicher Kritik an der staatlichen (Über-)Macht und der Angst vor terroristischer Bedrohung.

Christiane Reinecke thematisiert in ihrem Beitrag die konstitutive Verschränkung von Sicherheitsbedenken und migrationspolitischen Massnahmen in Grossbritannien, und zeigt, dass diese keine Erfindung des 21. Jahrhunderts darstellt. Während die Kontrolle von Migranten und Migrantinnen mit dem *Alien Act* bereits auf Anfang des 20. Jahrhunderts zu datieren ist, wurde im Vorfeld des Ersten Weltkriegs die vermeintliche militärische Bedrohung von ansässigen Ausländerinnen und Ausländern zum ausschlaggebenden Faktor in der Regulierung von Migrantinnen und Migranten. Das politische Handeln wurde in diesem Kontext von der Sorge um die militärische Sicherheit des Staates geleitet. Dennoch kann die einsetzende Migrationskontrolle nicht einfach als Auswirkung des Kriegs verstanden, sondern muss auch als das Ergebnis von «xenophob konturierten Bedrohungsszenarien» bewertet werden. Ebenso stützten aber die in der Zeit weitverbreiteten Spionageromane, denen ein hoher Realitätsgehalt zugewiesen wurde, die Befürchtung vor einer Verschwörung der im Lande lebenden Deutschen. So führte die Sorge um die nationale Sicherheit in Grossbritannien im Ersten Weltkrieg zu einer nachhaltigen Intervention im Bereich der Zuwanderungskontrolle.

Obwohl Globalisierung meist in den Metaphern der Mobilität und der sozialen Offenheit imaginiert wird, sind deren Prozesse – denkt man etwa an die *gated communities* oder an staatlich erlassene Aufenthalts- und Versammlungsverbote (von Jugendlichen, Bettlerinnen und Bettlern, Demonstrierenden und anderen «Störenfriedern») – ebenso eng mit der Verhinderung von Bewegung und der Verweigerung von Zugangsrechten im öffentlichen Raum verknüpft. Der Beitrag von *Anke Ortlepp* thematisiert in diesem Zusammenhang die historische Entwicklung der Flughafensicherheit der letzten Dekaden in den USA. Die zunehmenden Sicherheitskontrollen haben nicht nur die Mobilität der Passagiere beeinträchtigt; vielmehr haben sich Flughäfen auch zu streng überwachten Zonen entwickelt, in denen die Bewegungen der Menschen eingeschränkt, gelenkt und reguliert werden. Zugleich wird, als Ergebnis einer Kontinuität langfristiger struktureller Entwicklungen, auch die Einreise in und Ausreise aus den USA eingehend kontrolliert. Ortlepps Analyse zeigt, welche zentrale Bedeutung die individuelle Überwachung innerhalb moderner Verwaltungssysteme einnimmt, und wie administrative Verfahren, Kontrollpraktiken und Sicherheitsdiskurse eng miteinander verschaltet sind. Damit wird die intime Beziehung zwischen Macht und Wissen herausgestellt, welche diesen Sicherheitsdispositiven zugrunde liegt.

Der Nexus von Wissen und Macht ist auch Thema von *Wendy Browns* kritischer Lektüre des *U. S. Army / Marine Corps Counterinsurgency Manuals*. Die Autorin untersucht, wie der Wissenstransfer zwischen Wissenschaft, Militär und Öffentlichkeit zur Sicherung der amerikanischen Hegemonie eingesetzt werden soll. Das militärische Dokument, das – anders als herkömmliche Militärhandbücher oder politische Dokumente – eine langfristige Intervention der USA erlauben soll, basiert durch die Zusammenarbeit mit einem Ivy League Institute (dem *Carr Center for Human Rights* in Harvard) auf «wissenschaftlicher» Expertise. Die didaktische Grunderkenntnis des Handbuchs liegt darin, dass ein erfolgreicher Sieg in gegenwärtigen Kriegen gegen «die Aufständischen» nur durch eine dezentralisierte und «kulturell empathische» Kriegsführung möglich sei. Anders ausgedrückt: Die Mobilisierung von Wissen über Land und Bevölkerung, *governance* und Kultur ist das Erfolgsrezept, das die brachiale Gewalt ersetzen soll – was sich jedoch angesichts der im Irak zu beobachtenden Privatisierung und neoliberalen Rationalisierung des Militäreinsatzes als zunehmend illusorisch erweist.⁴ Damit verändert sich, im Zuge der aktuellen neoliberalen Umgestaltung und der durchgreifenden Ökonomisierung der Lebenswelten, auch das Verhältnis von Staatlichkeit und Sicherheit. Indem sich nichtstaatliche Akteure mit staatlichen Instanzen zu temporären, situativen Sicherheitsakteuren zusammenschließen, erfährt die seit Hobbes und Locke vorherrschende Vorstellung, die Gewährleistung der Sicherheit stelle eine

der wichtigsten Aufgaben des Staates dar, eine tief greifende Umgestaltung. Entsprechend steht der in der Militärdoktrin deklarierten menschlichen und nationalen Sicherheit für die Völker und den Staat jene faktische und extreme Unsicherheit gegenüber, welche die Situation in den von den USA okkupierten Ländern beherrscht.

Wenn, so lässt sich abschliessend festhalten, die Welt durch Transformationen des Mobilitätskomplexes sicherer gemacht werden soll, dann bleibt die Frage, welche Welt und wessen Sicherheit damit gemeint sind, von herausragender Bedeutung.

Barbara Lüthi, Patricia Purtschert

Anmerkungen

- 1 Eckart Conze, «Sicherheit als Kultur: Überlegungen zu einer <modernen Politikgeschichte> der Bundesrepublik Deutschland», *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 3 (2005) 53, 357–381.
- 2 Vgl. Nikolas Rose, *Powers of Freedom. Reframing Political Thought*, Cambridge 1999.
- 3 Jane Caplan, John Torpey (Hg.), *Documenting Individual Identity. The Development of State Practices in the Modern World*, Princeton 2001.
- 4 Vgl. Yves Winter, «Gewaltökonomien und Unsicherheit. Zur Gouvernementalität der <neuen Kriege>», in Patricia Purtschert, Katrin Meyer, Yves Winter (Hg.), *Gouvernementalität und Sicherheit. Zeitdiagnostische Beiträge im Anschluss an Foucault*, Bielefeld 2008, 49–74.